



Militarischer Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1,50 RM. (frei ins Haus geliefert); durch die Post bezogen im inwendigen Briefe monatlich 1,60 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Circulanz Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Reudenburg Kreis Weizsäcker Wildbad. — Druckerei: Engelhardt & Co., Wildbad; Maschinen-Gesellschaft Filiale Wildbad. — Postfach Nr. 2174 Stuttgart.
Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil die einseitige 16 mm breite Millimeterzeile 1 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellenangebote 3 Pf.; im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 12 Pf. — Rabatt nach vorbeschriebenem Tarif. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontofällen oder wenn gerichtliche Zwangsversteigerung notwendig wird, fällt jede Nachzahlung von 10 Pf. an.
Druck. Verlag u. Verantw. Schriftleitung: Theodor Gatz, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 26, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 89

Februaf 479

Montag den 15. April 1935

Februaf 479

70. Jahrgang

Die Ostpaktfrage in Stresa

Deutschlands neue Haltung

Stresa, 13. April. Ueber den Ostpakt wurde von zuständiger englischer Seite mitgeteilt. Sir John Simon habe Deutschlands Haltung den Konferenzmitgliedern dargelegt. Er sei dann gefragt worden, welches die Haltung Deutschlands sein werde, wenn andere Mächte als Deutschland als Teilnehmer dieser Pakte unter sich noch besondere Beschlüsse abkommen schließen sollten. Aus diesem Grunde wurde in Berlin eine telegraphische Erkundigung eingezogen. Als ihr Ergebnis habe der deutsche Außenminister dem britischen Botschafter mitgeteilt, daß Deutschland eine derartige Möglichkeit immer noch als gefährlich ansehe, daß es aber gleichwohl bereit sei, an einem Vertrag teilzunehmen, auch wenn andere Staaten unter sich darüber hinausgehende Abkommen schließen sollten. Deutschland würde aber Wert darauf legen, daß seine eigene Mitteilung und die dieser anderen Staaten in zwei verschiedenen Schriftstücken niedergelegt würde.

Englisches und französisches Echo

London, 13. April. Die Mitteilung des englischen Außenministers Sir John Simon in Stresa, daß Deutschland zur Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes für den Osten bereit sei, wird von der ganzen englischen Presse in größter Aufmerksamkeit verfolgt. Die Mehrzahl der Blätter bezeichnet die deutsche Erklärung als eine außerordentlich wichtige Entwicklung und als einen bedeutenden Beitrag zur Verbesserung der Atmosphäre.

„Die deutsche Antwort auf Simons Anfrage, so berichtet der Sonderkorrespondent der „Daily Mail“, Ward Price, aus Stresa, ist das wichtigste Ergebnis, das die Konferenz bis jetzt gezeitigt hat. Sie wird in Stresa als ein Zeichen dafür angesehen, daß die deutsche Regierung bereit sein würde, an einer größeren internationalen Konferenz teilzunehmen, sobald der Anwurf Frankreichs gegen den „Vertragsbruch“ Deutschlands in Genf aus dem Wege geräumt sei. Die britischen Vertreter in Stresa haben ihr Bestes getan, die französische Anschuldigung zu mildern, damit der Stolz Deutschlands nicht derart verwundet werde, daß es die Erwägung seiner Rückkehr zum Völkerbund ablehnen würde.“

Der diplomatische Mitarbeiter des Oppositionsblattes „Daily Herald“ erklärt: „Deutschlands Mitteilung ist ein großer Fortschritt. Dies scheint erneut die Tür zu einer allgemeinen Regelung auf der Grundlage des Londoner Communiqués vom 3. Februar zu öffnen.“

Neuter meldet, die neue Entwicklung werde wahrscheinlich zu einer Reihe weiterer Besprechungen zwischen Berlin und London führen. Simons Erklärung sei ein Beweis dafür, daß England weitere Erörterungen mit Deutschland wünsche, bevor es irgend welche Beschlüsse fasse. Die Gerüchte, daß eine größere Konferenz unter Einfluß Deutschlands in London stattfinden werde, nähmen dauernd an Stärke und Umfang zu.

Paris, 13. April. Zu der Nachricht von der deutschen Bereitschaft zu einem Nichtangriffspakt für den Osten ohne deutsche Bestandsverpflichtung meldet der Havas-Berichterstatter aus Stresa: Die Aenderung der Haltung Deutschlands habe in den Konferenzkreisen wirkliche Sensation hervorgerufen. Gewisse Kreise wollten in dem deutschen Schritt den Beweis weniger unnachgiebiger Absichten und des deutschen Wunsches, aufs neue mit den anderen europäischen Mächten zusammenzuarbeiten, erblicken. Die meisten ständen dagegen auf dem Standpunkt, daß die deutsche „Geste“ keinen wirklichen Wert habe, da die Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes nur die früheren Verpflichtungen Deutschlands, namentlich die nach dem Kelloggspakt, erneuern würden. Lediglich ein gegenseitiges Bestandsabkommen, demgegenüber sich Deutschland aber weiterhin ablehnend verhalte, würde eine praktische Bedeutung haben. Die britische Regierung werde sich in Berlin über diese Absichten Deutschlands zu unterrichten haben; der französische Außenminister werde sich aber, ohne das Ergebnis dieser neuen Befragung abzuwarten, zum vorgesehnen Zeitpunkt nach Moskau begeben, um dort vor Ende des Monats das französisch-sowjetrussische Abkommen zu unterzeichnen, dessen Grundlagen nächste Woche in Genf zwischen Dalal und Litwinow endgültig festgelegt werden würden.

Während das „Journal“ und mehrere andere Blätter in der deutschen Stellungnahme zum Ostpakt nur ein neues „Machtwort“ sehen wollen, da Deutschland den Gedanken eines Nichtangriffspaktes an sich stets zugelassen habe, spricht „Figaro“ von einer merklichen Klärung der Lage in Osteuropa. Die neue deutsche Haltung könne die kollektive Organisation der Sicherheit in Europa erleichtern.

Starker Eindruck in der römischen Presse

Rom, 13. April. Die deutsche Bereitschaft in der Frage des Beitritts zu einem Nichtangriffspakt für den Osten hat nach der römischen Morgenpresse den stärksten Eindruck gemacht. Mit dieser Mitteilung sei, so schreibt „Messaggero“, eine neue Tatsache geschaffen worden, deren große Bedeutung nie-

mand entgehen könne. Die Frage des Ostpaktes habe bis jetzt mehr als alles andere das Hindernis gebildet, das auch schon eine Vorverhandlung fast unmöglich machte. Dieses Hindernis sei zwar noch nicht überwunden, erscheine aber jetzt überwindlich.

Polens Stellungnahme

Warschau, 13. April. Die polnische Telegraphen-Agentur meldet: Wie man aus den Nachrichten ersieht, ist der sowjetrussische Ostpakt als begraben anzusehen. Es eröffnen sich die Möglichkeiten eines neuen Abkommens für Osteuropa, das sich auf den Grundsatz des Nichtangriffes stützt. Das bedeutet, daß die Großmächte nach Prüfung der tatsächlichen Möglichkeiten zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß das System von Nichtangriffspakten erfolgreicher die Erhaltung des Friedens sicher, als es der sowjetrussische Pakt gegenseitiger Hilfeleistung getan hätte, den man in Moskau als Ostpakt bezeichnete. Auf Grund der europäischen Lage wurde dieses System in Stresa als unreif erkannt.

Die Frage Desterreich in Stresa

Paris, 13. April. Zur österreichischen Frage berichtet Havas aus Stresa, Mussolini habe ausführlich über die Gefahr, der Desterreich ausgeheht sei (?), Vortrag gehalten. Die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens seien einmütig der Ansicht gewesen, daß es angebracht sei, die Verhandlungen zwischen allen Nachbarländern (also Italien, Deutschland, Ungarn, die Tschechoslowakei und Südslawien) unter Einfluß von Desterreich selbst fortzusetzen, um zu einem Nichtangriffspakt zu gelangen, der unter der Schirmherrschaft Frankreichs und Italiens stehen würde. Wahrscheinlich werde binnen kurzem eine Konferenz der betreffenden Länder stattfinden.

Ende der Dreierkonferenz in Stresa

Stresa, 14. April. Die Dreimächtekonferenz von Stresa ist am Sonntag mittag um 12.30 Uhr abgeschlossen worden. Der französische Ministerpräsident Laval hat zu Ehren des italienischen Regierungschefs Mussolini im Hotel Borromeo ein Früh-

stück gegeben, an dem zahlreiche Mitglieder der drei Delegationen teilnahmen. Der englische Außenminister hatte sich in den Mittagsstunden im Auto nach Massio an der italienischen Riviera begeben.

Die französische Beschwerde in Genf

Stresa, 13. April. Von englischer Seite wurde mitgeteilt: Man hat sich vor allem darüber unterhalten, wie die französische Beschwerde in Genf behandelt werden solle. Man müsse hierbei unterscheiden zwischen:

1. dem französischen Appell an den Völkerbund,
2. dem Memorandum, in dem die Gründe für diesen Appell festgelegt werden, und
3. der Entschliegung, die der Völkerbundsrat in Genf fällen soll.

Selbstverständlich könnten in Stresa keine Entscheidungen über diese Entschliegung gefaßt werden. Man hat sich aber dennoch in Stresa schon darüber unterhalten, wer als Berichterstatter geeignet sein könnte. Dabei tauchte der Name des Spaniers Madariaga auf.

Der Havas-Berichterstatter meldet aus Stresa, die Aussprache hierzu habe sechs Stunden gedauert. Der französischerorts vorgeschlagene Wortlaut, den Italien und England in Genf unterstützen würden, sehe die Schaffung eines Strafaußschusses von drei Mitgliedern einschließlich des Berichterstatters vor, der die geeigneten Methoden zur künftigen Verhinderung neuer „einseitiger Aufständigkeiten von Verträgen“ durch Einziehung wirtschaftlicher und finanzieller „Strafmagnahmen“ zu studieren hätte. Auf diese Weise würde die Anwendung von Strafmagnahmen, die nach Artikel 16 der Völkerbundsstatuten bisher nur für den Kriegsfall vorgesehen gewesen seien, auch auf Vertragsverletzungen an sich ausgedehnt werden. Das „Echo de Paris“ schreibt, die neue französische Beschwerdeschrift werde keinen Wert haben. Im Absatz 1 werde zwar der „Vorstoß“ den Deutschland gegen den Verfall der Vertrag unternehme“, ziemlich energisch angeführt, aber im zweiten Absatz werde von der Schaffung eines Ausschusses zur Prüfung eines Abkommens gesprochen, das in Zukunft die Gewähr bieten sollte, daß derartige „internationale Verbrechen“ bestraft würden. Dieser zweite Absatz mache die Wirkung des ersten Absatzes wieder hinfällig. Im übrigen sei die ganze Beschwerde infolge Zeitverlustes wirkungslos. Das „Petit Journal“ sagt, die Strafmagnahmen würden sich auf die Zukunft im Falle „neuer Verletzungen oder neuer Angriffe auf die europäische Sicherheit“ beziehen.

Die Reichsregierung zum Ostpakt

Militärische Bündnisse keine Garantie des Friedens

Berlin, 14. April. Jereiführende Auslegungen in verschiedenen Pressekommentaren haben die Reichsregierung veranlaßt, ihren Standpunkt in der Frage des Ostpaktes wie folgt zu präzisieren:

I. In den Berliner Besprechungen hat der Führer und Reichskanzler der britischen Delegation mitgeteilt, daß die Deutsche Regierung zu ihrem Bedauern nicht in der Lage sei, zum Ostpakt in der vorgeschlagenen Form ihren Beitritt zu erklären. Die Deutsche Reichsregierung sei demgegenüber aber bereit, einem solchen kollektiven Sicherheitspakete ihre Zustimmung zu geben dann, wenn er

1. sich aufbaue auf gegenseitige und allgemeine Nichtangriffsverpflichtungen und Schiedsgerichtsverfahren.

2. Im Falle einer Friedensstörung ein konsultatives Verfahren vorsehe.

3. Sei die Deutsche Reichsregierung bereit, — unter Betonung der Schwierigkeiten der einwandfreien Feststellung eines Angreifers — sich allgemeinen Maßnahmen der Nichtunterstützung eines solchen anzuschließen.

Zu diesem Angebot steht die Deutsche Reichsregierung auch heute.

II. Der Führer und Reichskanzler hat in dieser Besprechung weiter mitgeteilt, daß die Deutsche Regierung nicht in der Lage sei, einem Paktvorschlages zuzustimmen, der, sei es für Alle oder für Einzelne, mehr oder weniger automatische militärische Bestandsverpflichtungen enthalte. Diese sähe darin nicht ein Element der Friedenserhaltung, sondern eher noch ein Element der Friedensbedrohung. Die Deutsche Reichsregierung bekennet sich auch heute zu dieser Auffassung und zu der sich daraus ergebenden Haltung.

III. Die Reichsregierung hat sofort nach Uebernahme der Macht ihren Wunsch ausgedrückt, mit den umliegenden Staaten Nichtangriffspakte abzuschließen. Sie machte diesen Vorschlag ohne eine eingehende Kenntnis bestehender zwei- oder mehrseitiger militärischer Abmachungen einzelner Staaten zu besitzen, und ohne jede Bezugnahme auf sie. Da sie selbst keine aggressiven Absichten hegt, fühlt sie sich von wirklichen Defensivabkommen auch nicht betroffen. Auch zu dieser Auffassung bekennet sich die Deutsche Regierung heute noch. So wenig sie daher in der

Lage ist, einem Pakt beizutreten, der solche militärischen Verpflichtungen als ein wesentliches Element seines Inhaltes und damit seiner Existenz enthält, so wenig können solche außerhalb dieses Paktes liegenden Vereinbarungen die Deutsche Reichsregierung behindern, ihrerseits Nichtangriffspakte auf der oben figurierten Basis abzuschließen.

Dies ist der Sinn der Antwort der Deutschen Reichsregierung auf die Frage des kgl. Britischen Botschafters, ob Deutschland bereit sei, einen Ostpakt auf der von ihm selbst angedeuteten Grundlage abzuschließen, auch für den Fall, daß andere Staaten unter sich noch besondere Abmachungen getroffen hätten oder treffen würden.

Die Deutsche Reichsregierung will aber an dieser Stelle die folgenden Bemerkungen nicht unterdrücken:

Die von verschiedenen Regierungen als nötig erachtete Ergänzung von Nichtangriffs- und Gewaltauschließungspakten durch militärische Bestandsverpflichtungen beruht auf einem Widerspruch in sich. Entweder man glaubt an freiwillig übernommene Verpflichtungen oder man glaubt an sie nicht. Glaubte man an sie, dann ist die Notwendigkeit solcher militärischer Abmachungen nicht einzusehen. Zweifelt man aber an der aufrichtigen Einhaltung einer übernommenen Nichtangriffsverpflichtung, dann ist dieser Zweifel genau so berechtigt gegenüber der sinngemäßen Einhaltung der ergänzenden militärischen Verpflichtungen solcher Friedenspakete. Wenn es möglich ist, daß aus Nichtangriffspakten Kriege entstehen, ist es ebenso möglich, daß aus defensiven Bestandsverpflichtungen offensive Angriffshandlungen kommen. Nur scheint der Deutschen Reichsregierung der Weg vom Gewaltab- und Ausscheidungspakt zum gewalttätigen Friedensbruch ein weiterer zu sein als der Weg von militärischen Verpflichtungen defensiver Natur zu einer militärischen Haltung offener Art. Die Deutsche Reichsregierung sieht aber nach wie vor in dieser Entwicklung militärischer Bündnisse in Europa kein Element einer kollektiven friedlichen Entwicklung oder gar einer Garantie des Friedens. Sie ist daher auch nicht in der Lage, Pakte zu unterzeichnen, in denen solche Verpflichtungen ein integrierender Bestandteil sind, gleichgültig ob sie für alle oder für einzelne Teilnehmer.

Der vorstehende Standpunkt ist dem Britischen Staatssekretär des Auswärtigen durch Vermittlung der hiesigen Botschaft amtlich mitgeteilt worden.

Französische Denkschrift an den Völkerbundsrat

Genf, 14. April. Die französische Denkschrift an den Völkerbundsrat hat folgenden Wortlaut:

1. Am 16. März hat der deutsche Reichskanzler die Berliner Botschafter der europäischen Mächte zu sich gerufen, um ihnen vom Wortlaut eines Gesetzes Kenntnis zu geben, das in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht wiederherstellt und das eine neue Einteilung der Armee in 12 Armeekorps und in 36 Divisionen vorsieht. An demselben Tage trat das Gesetz in Kraft. Dieser Maßnahme war schon am 9. März die offizielle Ankündigung der Wiedererrichtung einer deutschen Militärflugschule vorausgegangen.

In zwei ihrer wichtigsten Bestimmungen sind somit die Klauseln des Friedensvertrages formell zurückgestoßen (repudia) worden. Es ist dies die Krönung (consécration) langer und methodisch im geheimen verfolgter Konzeptionen. Es ist dies der Beweis der Bedeutung der in Deutschland bereits vollbrachten Aufrüstung, ganz abgesehen von dem Plan, dessen Vollbringung weiterverfolgt wird; es ist dies nicht nur die Verklammerung einer Politik; diese ist schon zur Tatsache geworden.

Vor einem Jahre hat das Anwachsen des durch das Reich für das Jahr 1934/35 vorgesehenen Militärbudget Europa bewegt, und die französische Regierung hatte in diesen vorausschätzlichen Angaben (die übrigens später weit überschritten worden sind) eine Andeutung gesehen für den Entschluß der deutschen Regierung, ihre Aufrüstung in Grenzen zu verfolgen, deren Richter sie selbst sein wollte. Die Behörden des Reiches erhoben Proteste gegen eine solche Auslegung. In einer Note, die der Außenminister des Reiches dem englischen Gesandten in Berlin am 11. April übermittelte hat, wird das Anwachsen der Ausgaben durch die Notwendigkeit gerechtfertigt, die Vorbereitungen für die Umwandlung der Militärrüstung mit kurzer Dienstzeit weiterzuverfolgen, und es wurde Einpruch dagegen erhoben, daß der Haushalt des Luftfahrtministeriums als Rüstungshaushalt angesehen werden könne. Einige Tage später, am 27. April, sprach dieser sein „Ersäunen“ darüber aus, daß man sich ernstlich über den Luftfahrthaushalt beunruhigen könne, dessen Ausgaben nur dazu dienen sollten, die Bevölkerung gegen die Luftangriffe zu schützen und die Zivilflugschiffe zu reorganisieren. Noch am 20. Dezember bestritt der Luftfahrtminister, daß das Reich mehr als einige Versuchsapparate besitze. Drei Monate sind seitdem verstrichen und der Reichskanzler Hitler ist in der Lage, den britischen Staatssekretär davon zu unterrichten, daß das Reich auf dem Gebiete der Luftfahrt bereits die Gleichheit mit England erreicht habe.

Es wird erlaubt sein, festzustellen, daß, um zu einem solchen Ergebnis zu gelangen, eine Anstrengung von einigen Wochen, ja sogar von einigen Monaten nicht genügt hätte. Dementis und Erklärungen erfüllen daher ihren wahren Wert, und die Bestrebungen, die sie entbilden, ihre wahre Bedeutung.

2. Die Initiation, an die hier erinnert worden ist, sind ein formaler Bruch der hauptsächlichsten Klauseln des Teiles 5 des Versailler Vertrages und der später über ihre Anwendung zwischen der deutschen Regierung und den Regierungen der hauptsächlichsten alliierten Mächte auf der Botschafterkonferenz abgeschlossenen Abkommen.

Der Völkerbund hat die Aufgabe, sich damit zu befassen. Der Völkerbund, der auf Achtung der internationalen Verpflichtungen begründet und Wächter eines Paktes ist, dessen Präambel anerkennt, daß die Staaten, die die „Zusammenarbeit zwischen den Nationen entwickeln wollen“ und „ihnen den Frieden und die Sicherheit garantieren wollen“, „gewissenhaft alle Verpflichtungen der Verträge in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den organisierten Völkern anerkennen“ müssen, kann nicht gleichgültig bleiben bei der Behauptung einer politischen Methode, die direkt den Grundpfeilern, auf welchen sie beruht, und den Zweck, den er sich gesteckt, zuwiderläuft.

3. Bei der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund hat sich die Versammlung ausdrücklich auf Teil 5 des Vertrages berufen, um das Militär-, Marine- und Luftfahrstatut festzusetzen, dem das Reich entsprechen müßte, sie hat von einer Erklärung Kenntnis genommen, nach welcher Deutschland „tatsächliche Garantien seiner aufrichtigen Absicht, die Verpflichtungen, die aus den Verträgen und seinen Anhängen hervorgehen, inne zu halten“, gab.

Indem die deutsche Regierung die Bestimmungen, die der Militärstatut regelt, für Null und nichtig erklärt, hat sie mit Ueberlegung einen der Faktoren zerstört, auf denen ihre Mitarbeit an der Genfer Einrichtung begründet ist.

Was die französische Regierung anbelangt, so müsse sie daran erinnern, daß sie von 1921 bis 1928 die Dienstzeit in Frankreich von drei Jahren auf ein Jahr herabgesetzt habe; daß die für die Verteidigung der Metropole sofort verwendbaren Streitkräfte sich infolgedessen je nach der in Betracht gezogenen Lage um 42 oder um 60 Prozent vermindert haben; daß die Ueberseearmee ihrerseits ebenfalls bedeutende Verminderungen erlitten habe, daß die Ausführung des Luftbauprogramms nur in ganz schwachem Maße fortgeschritten sei.

Die französische Regierung ist es sich schuldig, an die Vorschläge zu erinnern, die sie schon am 5. Februar 1932 für die Begrenzung der Bombenflugzeuge und ihre Zurverfügungstellung an den Völkerbund und für die Schaffung einer internationalen Macht im Zusammenhang mit der besten Organisation der Sicherheit gemacht hat. Sie erinnert weiter an die Vorschläge, die sie am 14. November desselben Jahres im Hinblick auf die Herstellung eines europäischen Systems der Rüstungsverminderung und der internationalen Zusammenarbeit gemacht hat. Sie erinnert an die Erklärung vom 11. Dezember 1932, die die Gewährung der Gleichberechtigung unlösbar an die Herstellung eines Sicherheitssystems bindet.

Sie erinnert schließlich daran, daß im Oktober 1933 in einer Stunde, wo die internationale Lage sich bereits zu verdunkeln begann, aus Gründen, für die Frankreich keinerlei Verantwortung trägt, die französische Regierung mit mehreren anderen Regierungen dahin übereingekommen war, ein Arbeitsprogramm vorzuschlagen, das es der Genfer Konferenz erlaubt hätte, nützliche und wirksame Arbeit zu leisten. Es ist wahr, daß nach Kenntnisnahme dieses Programms die Reichsregierung sich für verpflichtet sah, Genf zu verlassen und seinen Austritt aus dem Völkerbund anzukündigen. Es handelt sich um eine brutale Geste, die durch nichts gerechtfertigt war, wie dies der Präsident der Konferenz selbst festgestellt hat.

Aber auch nach dieser Geste ist die Arbeit nicht aufgegeben worden. Am 3. Februar ds. Js. wurde auf die Initiative der französischen und der englischen Regierung hin ein Programm aufgestellt, das von allen dem Frieden dienenden Mächten mit Genugtuung aufgenommen wurde.

Dieses Programm hatte selbst die Reichsregierung angenommen. Ihre Beschlüsse vom 16. März haben es indessen entschieden gefährdet. Es wäre nutzlos, wollte sie sich auf die Maßnahmen berufen, auf die andere Regierungen sich gezwungen sahen in ihrem eigenen Lande zu ergreifen, denn diese Maßnahmen wurden durch die Entwicklung der deutschen Rüstungen gerechtfertigt. Es wäre nutzlos, wollte sie sich besonders auf die Maßnahmen der französischen Regierung berufen, die, um den aus dem Krieg hervorgegangenen Schwierigkeiten der Rekrutierung zu begegnen, diese Maßnahmen hinsichtlich der Dauer der Militärdienstzeit ergreifen mußte, die schon vor fünf Jahren durch die vorbereitende Abrüstungskonferenz als berechtigt anerkannt wurde.

Deutschland hat einem internationalen Problem eine einseitige Lösung geben wollen. Die Verhandlungsmethode hat es durch die Methode der vollendeten Tatsache ersetzt. Ihre Beschlüsse, die mit dem ganzen System der Rüstungsbeschränkung unvereinbar sind, haben für ganz Europa die Frage der allgemeinen Aufrüstung in ihrer ganzen Schwere aufgeworfen.

Der Völkerbund hat die Pflicht, sich über die Verantwortlichkeit der so geschaffenen Lage und über die Folgen, die sie nach sich zieht, auszusprechen. Er muß auch die Schlussfolgerungen bekannt geben, die die Regierungen für ihre Außenpolitik daraus zu ziehen haben, die den Willen haben, die europäische Sicherheit aufrecht zu erhalten und zu vermitteln.

5. Eine noch bedeutendere Frage muß gestellt werden. Denn in einem Europa, in dem sich die Methode der einseitigen Kündigung internationaler Verpflichtungen verallgemeinern würde, würde es bald nur noch Platz für eine Machtpolitik geben. Keine Verhandlung ist möglich, wenn im Laufe dieser Verhandlungen einer der Teilnehmer das willkürlich an sich reißt, was Gegenstand der Verhandlung ist. Keine Verhandlung ist außerdem möglich, wenn die Ergebnisse, ganz gleich welcher Art, durch den Willen einer der beteiligten Parteien zerstört werden können. Man sollte dann bei den internationalen Beziehungen von vornherein den Begriff eines Vertrages oder einer Verpflichtung ausschalten.

Die Anstrengungen der friedlichen Nationen gehen darauf hinaus, durch die Angriffs-, gegenseitigen Erleichterungs- und Beistandsverpflichtungen zwischen den Staaten ein weites System der kollektiven Sicherheit zu schaffen. Ist es der Mühe wert, diese Anstrengungen fortzusetzen, wenn zugegeben wird, daß der Verstoß gegen eine übernommene Verpflichtung, so feierlich sie auch sei, keine anderen Folgen nach sich zieht, als eine moralische Ablehnung, und wenn man keinerlei Risiko einget, indem man sich von seinen Verpflichtungen befreit und der zerfallende Staat in der Unbestimmtheit eine Ermattung zu neuen Verletzungen findet? Der Völkerbundsrat kann einer

solchen Bedrohung gegen die internationale Ordnung nicht gleichgültig gegenüberstehen, ohne seiner Aufgabe nicht gerecht zu werden. Er hat die Pflicht, ihr entgegenzutreten, indem er die geeigneten Maßnahmen ergreift, um der heute geschaffenen Lage abzuhelfen und eine Wiederholung zu verhindern.

Das sind die Betrachtungen, auf die die französische Regierung die Aufmerksamkeit des Völkerbundes lenken möchte. Ueberzeugt davon, daß die Achtung vor übernommenen Verpflichtungen jeder friedlichen Nation eine Pflicht ist, ist sie sich der Verpflichtung bewußt, die die verschiedenen Artikel des Paktes den Mitgliedern des Völkerbundes auferlegen. Sie wünscht, das Vertrauen unter den Völkern wieder hergestellt zu sehen und erklärt sich mit allen Regierungen solidarisch, denen an der Festigung des Friedens gelegen ist. Die französische Regierung wartet vertrauensvoll darauf, daß sich der Völkerbundsrat über die ihm unterbreitete ernste Lage ausspricht, daß er über die Gegenwart beschließt und die Zukunft sichert.

Die Denkschrift ist von einer Note Lavals vom 9. April an den Generalsekretär des Völkerbundes begleitet, in welcher er sich auf sein Telegramm vom 20. März, durch das er die Einberufung des Völkerbundes verlangt hat, beruft.

Donaukonferenz im Mai Die Samstag-Besprechungen in Stresa

Stresa, 14. April. Ueber die Beschlüsse, die die drei Mächte hinsichtlich der Donaukonferenz am 20. Mai in Rom gefaßt haben, hört man, daß außer Frankreich und Italien die Kleine Entente, Polen und Oesterreich vertreten sein sollen. Eine Einladung an Deutschland soll beabsichtigt sein. England und die Schweiz sollen, wie man hört, nur Beobachter entsenden. Das Datum des 20. Mai ist von Island selbst genannt worden.

Am Samstagabend ist auch, wie man weiter hört, über die Frage einer Fortsetzung oder Liquidierung der Abrüstungskonferenz gesprochen worden. Dabei sei England dafür eingetreten, doch noch zu versuchen, ein Abkommen über den Rüstungsstand zustandzubringen. Frankreich soll sich für den Abschluß der Konferenz sowie für die Umwandlung in eine Sicherheitskonferenz eingesetzt haben. Ferner wird behauptet, Mussolini habe sich besonders stark für die militärische Gleichberechtigung Ungarns eingesetzt. Hierbei soll Frankreich zugleich für die Kleine Entente erklärt haben, daß diese Gleichberechtigung nur ins Auge gefaßt werden könnte, wenn gleichzeitig bestimmte Garantien gegeben würden.

In Stresa ist schließlich noch das Gerücht verbreitet, daß Polen die Haltung Deutschlands in der Frage der östlichen Nichtangriffspakte billige und den Konferenzmitgliedern in Stresa mitgeteilt haben, daß Polen dieselbe Haltung wie Deutschland einnehme.

Stresa, 14. April. Am Samstagabend ließ sich über die Ergebnisse der Konferenz von Stresa noch folgendes ergänzend mitteilen:

Zu der am 20. Mai in Rom stattfindenden Donaukonferenz sollen folgende Mächte eingeladen werden: Deutschland, Frankreich, Italien, Oesterreich, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Tschechoslowakei und Polen. Die Konferenz soll rein politischen Charakter tragen, also keine Wirtschaftsverhandlungen behandeln. In ihrem Rahmen soll auch die Wiederaufrüstung Oesterreichs besprochen werden.

Ferner soll weiter beschlossen worden sein, daß die Luftpakte als zweiseitige Verträge abgeschlossen werden sollen, also England-Frankreich, Frankreich-Italien und Italien-England. Falls Deutschland später beiträglich, soll es auch zweiseitige Verträge mit diesen Staaten abschließen.

Sigung des Waffenausschusses in Genf

Genf, 14. April. Der Präsident der Abrüstungskonferenz Henderson ist Samstag hier eingetroffen und hat an der abschließenden Sitzung des Ausschusses für Waffenhandel und Waffenfabrikation teilgenommen. Im Laufe der Sitzung dankte Henderson dem Ausschuss für seine Bemühungen. Die Abrüstungskonferenz sei nicht gestorben; man müsse hoffen, bald zu einem Ergebnis zu gelangen. Der Ausschuss habe bereits viele Schwierigkeiten überwunden; Hoffentlich könne er in nicht allzu ferner Zukunft in ausgiebigerer politischer Stimmung eine zweite Sitzung vornehmen. Der von dem Ausschuss fertiggestellte Abkommensentwurf ist von einem Bericht begleitet, der feststellt, daß die Meinungsverschiedenheiten sich vor allem auf das Maß der anzuwendenden Kontrolle beziehen.

Das Rätsel um Dr. Antonio Stradella KRIMINALROMAN VON WILL WESTER

11

„Und dann...?“ fragte der Präsident mit nachdrücklichster Betonung.

„Ich geriet in eine starke Erregung... Ich war meiner Sinne nicht mehr Herr. Ohne noch ein Wort mit Mistress Swift zu wechseln, Floh ich aus dem Hotel, bestieg in der Frühe das erste Boot nach Venedig und floh morgens um zehn Uhr mit dem planmäßigen Flugzeuge nach Wien, um von hier aus nach Trapezunt zu reisen...“

„Und weshalb, Angeklagter...?“

Dr. Stradella atmete schwer... „Weil ich, Herr Präsident, weil ich — die fürchterlichste Enttäuschung in meinem Leben durchgeföhrt hatte... Meine Nerven hatten mich verlassen. Ich weiß heute selbst nicht, wie ich zu diesem plötzlichen Entschluß kam, Venedig auf Monate zu verlassen...“

„So, so...“ Der Präsident machte ein höchst ungläubiges Gesicht... „Und weshalb kehrten Sie nicht nach Italien zurück, nachdem die ganze europäische Presse diesen Mordfall Swift aufgegriffen hatte und Sie als den Täter bezeichnete?“

„Weil ich keine Kenntnis davon hatte, Herr Präsident. Ich benutzte den Orient-Express bis Konstantinopel — — bestieg dort den türkischen Handelsdampfer „Omanita“, der am 22. September infolge eines Sturmes kenterte, wurde mit gebrochenen Fußknöcheln nach Genua verfrachtet und verbrachte von dort aus Ende November die Rückreise anzutreten.“

„Weshalb reisten Sie über Bulgarien...?“

Stradella errödete... „Ich habe Freunde dort, Herr Präsident...“

„Geben Sie Beweise dafür, Angeklagter?“

Antonio geriet in eine offensichtliche Erregung... Seine Stimme vibrierte: „Herr Präsident, ich bitte, diese Frage mir im Augenblick erlassen zu wollen... Ich weiß nicht...“

„Salvatore! Ich bin mit strengen Augen an.“

„Was wissen Sie nicht? Sie dürfen nicht verschweigen, wenn das Gericht Ihnen glauben soll.“

Im Hirn Antonios hämmerte es. Konnte er Michael Menschitoff preisgeben, der von Sofia nach Italien geeilt war, um in dieser schweren Stunde bei ihm zu sein? Er wechselte einen flüchtigen Blick mit Michael, der ihm freundlich zunickte... Dann erst sagte er aufrechten Herzens: Herr Präsident, der Zeuge ist im Gerichtssaal. Es ist Professor Michael Menschitoff aus Sofia...“

Eine ungeheure Erregung entstand. Die Spannung, die bis dahin Gericht und Zuschauer in Atem hielt, entlud sich im Auditorium zu einer demonstrativen Haltung zugunsten des Angeklagten.

Der Präsident gebot Ruhe. Er zog drohend die Augenbrauen hoch. „Ich werde den Zuschauerraum räumen, wenn die Verhandlungen gestört werden.“ Dem Angeklagten zugewandt fuhr er fort: „Wird Herr Professor Menschitoff bereit sein, hier auszusagen?“

„Ich bitte ihn zu fragen, Herr Präsident.“

Michael war unterdessen vorgetreten, dem man an seiner ganzen Haltung den ehemaligen Offizier ansah. In schnellem Schritt trat er vor den Richterisch. „Ich bin bereit, auszusagen, Herr Präsident. Dr. Stradella und ich sind Freunde...“

Die Journalisten reckten die Köpfe empor. Mac Connor lachte verächtlich. Das war ja ein großartiger Zwischenfall...“

Ehe noch die Richter und das Publikum wußten, was

eigentlich los war, war er mit fliegendem Start an den Eigentümern vorbei geeilt, hatte von Ampezzo aus eine direkte telephonische Verbindung mit Rom herstellen lassen und ließ durch seinen Sekretär nach New York folgende Mitteilung fabeln: „Im Prozeß Dr. Stradella sensationelle Wendung eingetreten. Floh. Angeklagter weist Gründe seines Aufenthaltes in Bulgarien einwandfrei nach. Floh. Zeuge ist Professor Menschitoff, Sofia. Floh. Mac Connor.“

Das alles war das Werk eines Augenblicks. Aber in diesen wenigen Minuten, die Professor Menschitoff dazu benutzte, seinem alten Freunde die Hand zu drücken, entschloß sich in Antonios bedrücktem Herzen eine schicksalsschwere Wendung. Jetzt mußte er, daß er nicht allein stand. Jetzt konnte das Gericht entscheiden, wie es wollte. Er fühlte sich stark genug, einen Kampf zu führen, der das ganze Gebäude von Unernunft und bürokratischer Gerichtsbarkeit zu zertrümmern imstande war. Ein Wort des Dankes fand er nicht; aber Michaels Händedruck löste alle in langer Unternehmungshaft angeammelten Seelenmarter in Atome auf.

Der Gerichtsvorsitzende räusperte sich... „Ihr Auftreten kommt uns überraschend, Herr Professor... Immerhin... Ihre Aussagen werden für uns von Bedeutung sein...“

Der Staatsanwalt griff ein. „Welchen Zweck sollte es haben, Herr Präsident, diesen Zeugen zu vernehmen? Der Angeklagte ist in Wien verhaftet worden. Die Freundschaftsbeteuerungen sind für die Beurteilung der Täterschaft belanglos...“

Der Verteidiger erbat das Wort. „Der Herr Staatsanwalt irrt... Die Verteidigung legt größten Wert darauf, festgestellt zu wissen, was den Zeugen veranlaßt hat, den weiten Weg von Sofia nach Ampezzo zu machen, um hier an Gerichtsstelle auszusagen.“

(Fortsetzung folgt.)



Gleichberechtigung in der Weltwirtschaft

Neben des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht

Hamburg, 14. April. Auf der Jahresversammlung der Gesellschaft der Freunde des Ibero-Amerikanischen Institutes in Hamburg eB. hielt Reichsbankpräsident Dr. Schacht eine Ansprache, in der er u. a. folgendes ausführte:

Weltwirtschaft ist für uns heutige eine Erinnerung und eine Hoffnung; denn was gegenwärtig von ihr vorhanden ist, sind leider nur Trümmer, die diesen stolzen Namen nicht mehr verdienen. Sie, meine Freunde in Lateinamerika, und wir in Deutschland haben den Zusammenbruch der Weltwirtschaft wohl am bittersten verspürt. Wir wissen beide auch, daß wir ihm den Krieg mit seinen unsehligen Folgen verdanken. Deutschland stand ja seit 1918 in einer Dauerkrise, die sich eindeutig um den Begriff der Reparationen gruppierte. Aber auch in Lateinamerika stand die Entwicklung deutlich unter dem Schatten des Krieges. Der ungeheure Warenbedarf der Kriegszeit und unmittelfarbene Nachkriegszeit hatte die Produktion von Rohstoffen und Agrarprodukten in ganz ungesunder Weise zu einer Ueberproduktion gesteigert. Dieser Ueberproduktion stand als krasser Widerspruch die Verarmung der europäischen Abnehmerstaaten, vor allem Deutschlands, nach dem Kriege gegenüber.

Man hat diese unhaltbare Lage seinerzeit mit Hilfe internationaler Kredite bereinigen wollen, und sicherlich vermog Kredit in vielen Fällen wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überbrücken. Aber die Schwierigkeiten waren nur zum geringsten Teil wirtschaftlicher, zum weitaus größten Teil dagegen politischer Art. Die Politik der Siegerstaaten war mit den Erfordernissen wirtschaftlicher Vernunft unvereinbar, und weil der Kredit zu politischen Zwecken mißbraucht wurde, hat sich sein Segen in einen Fluch verwandelt.

Ich stelle mit allem Nachdruck die Behauptung auf: Hätte man im Jahre 1924 die deutschen Reparationen gestrichen, so wären der Welt nicht nur die deutsche Transferkrisis von 1931, sondern auch ein großer Teil der Krise in den Rohstoffländern und damit viele Verluste erspart geblieben — Verluste, die für alle Betroffenen viel größer sind als das, was die Reparationszahlungen jemals hätten erbringen können. Wir wollen uns keinen Täuschungen darüber hingeben, daß die Bereinigung der Weltkrise mit der des Schuldenproblems steht und fällt. Ohne das Schuldenproblem ist weder das Labirinth der Handelsverträge noch das Währungschaos zu beseitigen. Ich verkenne keineswegs die Bedeutung der Besserungstendenzen, die in der letzten Zeit aufgetreten sind und die erfreulicherweise gerade den Rohstoffländern, die als erste von der Krise erfaßt wurden, jetzt zuerst zugute gekommen sind. Ich warne aber davor, ihre Bedeutung zu überschätzen; denn wohin man sieht, überall stoßen sich die überhöhten Auftriebskräfte der Wirtschaft nach wie vor an den Folgen der früheren politischen Fehler. Ganz abgesehen davon, daß ein Teil der Erholung in Lateinamerika auf das günstige Zusammenreffen eigener guter Ernten mit schlechten Ernten in der übrigen Welt entfällt, beweist der Tiefstand des Welthandels, beweisen das Schwanken der Preiskurven und die noch immer erschreckend hohe Weltarbeitslosigkeit, daß wir von einem einheitlichen Konjunkturaufstieg noch weit entfernt sind.

Der Handel Deutschlands mit Lateinamerika entspricht auch heute noch den Voraussetzungen, auf denen sich die Weltwirtschaft der Vorkriegszeit aufgebaut hatte, er beruht auf durchwegs natürlichen Grundlagen. Die Partner sind aufeinander angewiesen und an ihrem gegenseitigen Wohlergehen interessiert.

Ich weiß sehr wohl, daß es noch eine Fülle von Schwierigkeiten gibt, die im Laufe der Zeit beseitigt oder abgeschliffen werden müssen. Derartige Schwierigkeiten sind unter den Zeichen der Kompensations- und Verrechnungssystemen unvermeidlich. Ich verrate aber kein Geheimnis, wenn ich Ihnen versichere, daß die europäischen Clearingabkommen unvergleichlich größere Schwierigkeiten und Nachteile im Gefolge haben als die verschiedenen Verrechnungsabkommen mit den lateinamerikanischen Ländern. Nichts beweist dies schlagender als die Tatsache, daß unser Außenhandel mit Lateinamerika nach oben geht, während der europäische Außenhandel kaum vor einem weiteren Einstrumpfen bewahrt werden kann.

Lassen Sie mich mit einer grundsätzlichen Feststellung schließen: Politischer Unterdrückungswille und launische Mißgunst zwischen den Staaten haben einen wesentlichen Anteil am Zusammenbruch der Weltwirtschaft. Es kann sich erst dann zum Besseren wenden, wenn sich allgemein die Erkenntnis durchringt, daß Gleichberechtigung und gleiche Achtung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet die Grundlage einer gedeihlichen weltwirtschaftlichen Entwicklung ist. Es wird erst dann aufwärts gehen, wenn die alte Weisheit wieder zu Ehren kommt: je besser es meinen Kunden geht, desto besser geht es auch mir.

Der Konjunkturverlauf im In- und Ausland

W.D. Der Weltmarkt liegt nach wie vor darnieder. Die internationalen Kreditbeziehungen sind schwach, das Zusammenfallen der Währungen fehlt und die starken Abschließungstendenzen der einzelnen Länder hatten an. Dennoch haben nach Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung in dem neuen Vierteljahresheft (1935, Heft 1) über die Konjunktur in Deutschland und die im Ausland in den letzten Monaten die Volkswirtschaften mit ansteigender oder doch wenigstens behaupteter Konjunktur tendenz das Uebergewicht. Eine einheitliche Linie fehlt aber, und wie die Abwertung des belgischen Franken um 28 v. H. und die jüngsten Angriffe auf den holländischen Gulden, die zwar energisch abgelehnt wurden, zeigen, sind noch genug Krisenherde vorhanden. In Frankreich ist die Wirtschaftstätigkeit sogar auf einen neuen Tiefstand gesunken.

Aus dem allgemeinen, im ganzen also schwach ansteigenden Konjunkturverlauf der übrigen Länder, hat sich Deutschland in den letzten zwei Jahren insofern losgelöst, als es infolge der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen der nationalsozialistischen Regierung eine ausgesprochen starke Binnenmarktbelegung zu verzeichnen hat. Die Aufwärtsbewegung wird sich, wenn auch weniger stürmisch als in den ersten zwei Jahren, fortsetzen. Die Gesamtbewegung der Wirtschaft löst sich in verstärkter Weise in Einzelschwüngen auf, je weiter die Belegung fortgeschritten ist. Die gewerbliche Gütererzeugung, die im letzten Winter einen geringeren Rückschlag als in früheren Jahren erliefte, hat bereits vom Dezember zum Januar wieder leicht zugenommen und dürfte diesen Stand auch im Februar und März gehalten haben. Ende Februar waren fast 15 Millionen Menschen in Arbeit, das sind 720 000 mehr als vor einem Jahr und 3,2 Millionen mehr als vor zwei Jahren. Im März dieses Jahres ist, wie loeben mitaeteilt wurde, die

Arbeitslosenziffer erneut um 415 000 zurückgegangen. In der Verbrauchsgüterproduktion wird eine Stabilisierung auf dem neuen, etwas abgeschwächten Stand eintreten, doch ist mit der allmählichen Zunahme der Einkommen im ganzen, wie gesagt, erneut mit einem weiteren Ansteigen zu rechnen. In der Produktionsgüterindustrie, dem eigentlichen Träger des Aufschwungs, ist die Erzeugung weiter gewachsen. Der Abfall von Walzisen hat im vierten Vierteljahr 1934 wieder um rund 9 v. H. zugenommen; Gewinnung und Verbrauch von NE-Metallen steigen. Der Inlandsabfall von Maschinen ist in lebhaftem Aufschwung begriffen. Die Bauwirtschaft erwartet mit dem Eintreten milderer Weters wieder stark erhöhte Beschäftigung. Die Wagenlieferung der Reichsbahn steigt; für den Stützgutverland ist der fortschreitende Ausbau des Güterkraftverkehrs von Bedeutung. Auch Post und Binnenschifffahrt melden merkliche Verkehrsbelebung.

Nach wie vor bleibt der Außenhandel im Aufschwung zurück. Die Lösung der Außenhandelsfrage ist für die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft von größter Bedeutung. Es ist zu hoffen, daß die neuerdings stark eingehenden Maßnahmen von Seiten der Regierung, des Handels und der Industrie zur Förderung des Exports von Erfolg begleitet werden. Die Außenhandelsziffern vom Februar berechnen sich durchaus zu dieser Erwartung.

Im ganzen wird die Saisonbelegung in den nächsten Monaten durch die landwirtschaftliche Erzeugungsschicht begünstigt, die vermehrte Einstellung von Arbeitern und erhöhten Bedarf von Produktionsmitteln im Gefolge hat. Weiter wird die Belegung durch die fortschreitende Motorisierung sowie durch die zunehmende Nachfrage nach Wohnungen und den Autostrassenbau gestützt. Vor allem werden auch die Aufgaben anregend wirken, die mit dem Zwang zur Verbreiterung der deutschen Rohstoffbasis — Treibstoffherzeugung, Textilstoffe, Metallerzeugung usw. — gestellt sind.

Von den außerdeutschen Ländern können vor allem die Vereinigten Staaten von Nordamerika eine starke Wirtschaftsbeflegung verzeichnen. Die Kaufkraft der Farmer dürfte sich im letzten Jahre um etwa 25 v. H. erhöht haben, doch ist in der industriellen Produktion zumindest auf Teilgebieten mit einem Rückschlag zu rechnen. In Großbritannien sind die Anstöße zu einer weiteren Belegung noch schwach, während die übrigen Länder des Sterling-Blocks (Schweden, Norwegen, Finnland, Kanada) bedeutende Fortschritte gemacht haben. Weiter leicht gebessert hat sich die Lage in Oesterreich und der Tschechoslowakei.

Demgegenüber machen sich in Japan Zeichen konjunktureller Hochspannung mehr und mehr bemerkbar. Die Gelddrücke steigen, die Effizienturpe gehen zurück, während die Rentabilität der Exportindustrien allmählich abnimmt. Produktion und Ausfuhr sind bisher zwar unvermindert stark gestiegen, doch scheint es, daß der weiteren Wirtschaftsexpansion Grenzen gesetzt sind. Es bleibt abzuwarten, wie sich der zunehmende Widerstand gegen das Vordringen Japans in aller Welt politisch auswirken wird. Große Fortschritte haben die südamerikanischen Rohstoffländer gemacht. In Südafrika, Australien und Neuseeland können die niedrigen Wollpreise. Auch der europäische Agrarraum bietet noch ein verhältnismäßig trübes Bild. Eine Ausnahme bilden nur Letland und Estland (1934 gute Ernten) und Jugoslawien (zunehmende Industrialisierung und bergbauliche Produktion). Polen und Litauen leiden unter Abwärtstendenzen. In Rumänien, Ungarn und Bulgarien bestehen Devienschwierigkeiten, die ein schnelles Vordringen der eigenen Industrialisierung bei gleichzeitiger Einfuhrdrosselung zur Folge haben.

Für eine durchgreifende Besserung der weltwirtschaftlichen Beziehungen scheinen also zunächst noch wenig Aussichten zu bestehen. Die augenblickliche politische Lage läßt im übrigen nicht darauf schließen, daß in absehbarer Zeit großzügige Verständigungsmassnahmen — und nur solche könnten einen Umschwung herbeiführen — zu erwarten wären. S.

Vor dem Luftschutzes

Berlin, 13. April. Die hohe Bedeutung des zivilen Luftschutzes für die gesamte Bevölkerung wird, wie das RdZ meldet, von dem Abteilungsleiter im Reichsluftfahrtministerium, Ministerialrat Dr. Knapfer, in einer Luft-Sondernummer der NS-Beamtenschaft unterstrichen. Der Referent erwähnt die vier großen Gruppen des Luftschutzes und fügt hinzu, daß die gesamte Arbeit auf dem Gebiete des Luftschutzes bisher im wesentlichen auf freiwilliger Grundlage geleistet worden sei. Die ungeheure Ausdehnung der Aufgaben erfordert es jedoch, auch den einzelnen Menschen zur Mitarbeit heranzuziehen und das ganze Gebiet einer gesetzlichen Regelung zuzuführen. Diese wird in Kürze erfolgen.

„Das gesamte deutsche Volk!“, so schließt der Referent, „sein Leben, seine Arbeit und seine Güter vor den Folgen von Luftangriffen zu schützen, ist die gewaltige Aufgabe, die dem Luftschutz gestellt ist. Alle hierzu erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig zu treffen, ist die große Aufgabe der, die den Behörden zufällt.“

Görings Dank

Berlin, 13. April. Ministerpräsident General Göring teilt mit: Anlässlich unserer Vermählung sind meiner Frau und mir so zahlreiche Beweise herzlicher Freundschaft und getreuer Gesinnung zugegangen, daß es uns vorerst nur möglich ist, auf die Tausende von Briefen und Telegrammen allen, die unserer in nationalsozialistischen Verbundenheit gedachten, auf diesem Wege unseren aufrichtigen Dank zu sagen. Die uns aus allen Volksteilen des Reiches und insbesondere von den Berliner Volksgenossen entgegengebrachte liebevolle Anteilnahme, die uns mit stolzer Freude erfüllt hat, haben wir als die Krönung aller Freundschaftsbeweise empfunden, die uns an unserem Hochzeitstage widerfahren sind. Allen Kameraden der Ehrenformationen wie des Ehrenpaliers schüttele ich dankbar herzlich die Hand. Auch für die sinnigen, herzlichen und kostbaren Gaben, die in so außerordentlicher Fülle und Reichhaltigkeit uns übermitteln wurden, vermag ich auch im Namen meiner Frau zunächst nur auf diesem Wege zu danken.

Zahlreiche Opfer einer Heiratschwindlerbande

Berlin, 13. April. Anfangs Februar wurde die 33jährige Hausangestellte Alma Garbe in Spanbau offenbar ermordet aufgefunden. Nach den bisherigen Ermittlungen hat der wenige Tage später festgenommene 33jährige Paul Volte ihren Tod mittelbar oder unmittelbar verschuldet. Er war der Kriminalpolizei als gewerbmäßiger Heiratschwindler bereits bekannt. Auch diesem Mädchen hatte er die Ehe versprochen und es wenige Monate vor ihrem plötzlichen Ableben zum Abschluß einer auf 5000 RM lautenden Lebensversicherung zu seinen Gunsten veranlaßt, deren Prämien er aus eigener Tasche zahlte. Die Leichendöffnung ergab, daß Alma Garbe durch Einnehmen von ein schädlichen,

in größeren Mengen aber tödlich wirkenden Tabletten verurteilt worden war. In der Wohnung Voltes, der sich stets als „Eunibiskus“ oder „Rechtsbeistand“ auszugeben pflegte, wurden noch Packungen dieser Tabletten gefunden. Auch sein für die Tatnacht angegebenes Alibi stimmt nicht. In diesem Zusammenhang konnte die Kriminalpolizei einen Komplizen Voltes festnehmen, den 35jährigen „Baumeister und Kräftigen“ — wie er sich vorzustellen pflegte — Reinhard Benner. Mit seiner Festnahme, der bald noch einige andere folgten, kam man nun hinter das Treiben einer Bande von Heiratschwindlern, die vor keinem Mittel zurückschreckte, um ihre Opfer auszuplündern. Die Zahl der geprellten Opfer konnte noch längst nicht ermittelt werden. Besonders traurig liegt der Fall der Alma Garbe.

„Graf Zeppelin“ auf der Heimfahrt

Hamburg, 13. April. Wie die Deutsche Seewarte meldet, ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ um 3 Uhr MEZ in Pernambuco zur Heimfahrt gestartet.

„Geschwader Immelmann“ und „Geschwader Böcke“

Berlin, 14. April. Das Reichsluftfahrtministerium gibt bekannt: Der Führer und Reichsminister hat auf Vorschlag des Reichsministers der Luftfahrt General der Flieger Göring, dem Fliegergeschwader in Mecklenburg die Bezeichnung „Geschwader Immelmann“ und dem Fliegergeschwader in Niedersachsen die Bezeichnung „Geschwader Böcke“ verliehen, um neben dem unvergesslichen größten Jagdflieger Deutschlands, Freiherr von Richthofen, auch die gleich ruhmvollen Namen seiner beiden Kameraden in der neu erkundenen Reichsluftwaffe fortleben zu lassen.

Der Führer hat den Erlaß vollzogen in der Gewisheit, daß die Geschwader Immelmann und Böcke, durchdrungen von der hohen Bedeutung der ihnen übertragenen Ueberlieferung, sich in Geist und Leistung der damit verbundenen besonderen Verpflichtung stets gewachsen zeigen. Die Mitteilung von dem Erlaß ist inzwischen durch eigenhändiges Schreiben des Reichsministers der Luftfahrt an die Mutter Immelmans und der Eltern Böckes gegangen, wobei General Göring seiner besonderen Freude darüber Ausdruck gab, der Uebermittler des Erlaßes auch die Hinterbliebenen ehrenden Erlaßes sein können.

Verdahnungsausschuß Italien—Abyssinien?

London, 14. April. Wie aus Stresa gemeldet wird, soll der zwischen Italien und Abyssinien zur Regelung der Grenzstreitigkeiten vereinbarte Verdahnungsausschuß wahrscheinlich in Kairo zusammenzutreten. Da sich die abyssinische Frage noch auf der Tagesordnung des Völkerbundes befindet, wird der Rat lediglich Mitteilung von der Einsetzung des genannten Ausschusses machen. Sollte in Kairo keine Regelung erzielt werden, so wird der Streitfall dann automatisch vor die nächste Genfer Tagung kommen.

Entlassung des sächsischen Staatsministers für Arbeit und Volkswohlfahrt

Berlin, 13. April. Im weiteren Zuge der Reichsreform und der damit im Zusammenhang stehenden Umstellung der sächsischen Verwaltung hat der Führer und Reichsminister auf Vorschlag des Reichsstatthalters in Sachsen den sächsischen Staatsminister für Arbeit und Wohlfahrt, Dr. jur. Georg Schmidt, aus seinem Amte entlassen.

Der Berliner Runtius in Rom

Rom, 13. April. Der Berliner Runtius Algt. Cesare Orsini ist in Rom eingetroffen und vom Heiligen Vater in Privataudiens empfangen worden. Seine Anwesenheit wird sowohl mit den Verhandlungen über die Ausführungsbestimmungen des Konkordats, als auch mit den bevorstehenden Ernennungen neuer Bischöfe (Bischöfe für Berlin und Mainz, Weihbischöfe für Trier und Bamberg) in Zusammenhang gebracht.

Württemberg

Gartenbauwirtschaftsverband Württemberg

Der Zusammenschluß der deutschen Gartenbauwirtschaft ist verkündet worden. Es wird in dieser Verordnung bestimmt, daß alle an der Gartenbauwirtschaft beteiligten Betriebsgruppen, also Hersteller, Verarbeiter und Verteiler von Gartenbauernüssen zu „Gartenbau-Wirtschaftsverbänden“ zusammengeschlossen werden. Für das Gebiet jeder Landesbauernschaft wird ein derartiger Wirtschaftsverband gebildet. Die Geschäftsstelle des „Gartenbau-Wirtschaftsverbandes Württemberg“ befindet sich in Stuttgart-A. Replerstraße 1. Zum vorläufigen Vorsitzenden dieses Verbandes wurde ernannt: Stadtrat Hugo Külle, Heilbronn a. N.; zum Geschäftsführer: Dr. Adolf Heine, Stuttgart.

Die neuen Gartenbau-Wirtschaftsverbände umfassen im einzelnen folgende Betriebe: 1. Die Betriebe, die Gartenbauernüssen (Obst, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen, Gemüse und Blumenamen, Baumjulen mit Ausnahme der forstlichen Baumjulen) anbauen und in den Verkehr bringen, ferner die Betriebe, die Tabak anbauen und ihn als Rohstoff in den Verkehr bringen (Erzeugergruppe). 2. Die Betriebe, die Obst und Gemüse aller Art, einschließlich der Südfrüchte und Pilze, verarbeiten, also die gesamte Obst- und Gemüseverwertungsindustrie (Verarbeitergruppe).

Zu der Verarbeitergruppe gehören ferner die Betriebe, die gewerbmäßig a) Limonaden, Brauereylimonaden, Kunstbrauereylimonaden oder Tafelwässer herstellen oder Tafelwässer an Quellen abfüllen, mit Ausnahme haatlicher und gemeinschaftlicher Betriebe, b) Eisse, auch Halbfabrikate, aus Wein, Wein, Obstwein, Bier, Malzauszügen oder anderen aus Feld- oder Gartenfrüchten gewonnenen Flüssigkeiten herstellen, c) Speiseeis (Moftrich) oder verwandte Erzeugnisse, auch Halbfabrikate, aus Senfsaat, Senfsamen, Senfmehl oder ähnlichen Stoffen herstellen, d) Zukerrüben zu Rübenkraut (Rübenjaft) verarbeiten. 3. Die Betriebe, die mit den unter 1. und 2. genannten Erzeugnissen handeln, also der Obst-, Gemüse- und Südfrüchtehandel (Verteilergruppe). Als Händler gelten auch die Betriebe, die den Kauf dieser Erzeugnisse vermitteln (Kommissionäre, Agenten, Makler).

Stuttgart, 13. April. (Vehrgang für Auslands-schulung.) Das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart veranstaltet vom 29. April bis 4. Mai 1935 in Stuttgart einen Lehrgang zur Schulung von Volksgenossen aller Berufs für den Aufenthalt im Ausland. Die sachlich-beruflichen Voraussetzungen werden bei jedem Teilnehmer als gegeben angenommen. Die in dem Lehrgang zu lösende Aufgabe ist eine volkspedagogisch-praktisch Einführung in die Verhältnisse im Ausland im allgemeinen und die besonderen Bedingungen der verschiedenen Zielländer.

Schie, O.A. Maulbronn, 13. April. (Landesverband für Kinderpflege.) Die Mitgliederversammlung des Landesverbandes für Kinderpflege in Würt-

temberg fand im Rahmen einer gutbesuchten Schulungs- freizeit für Kinderhelferinnen und -gärtnerinnen im Jugend- haus statt. Der Jahresbericht von Landesjugendpfarrer Böcker, aus dem hervorging, daß in 468 Einrichtungen 523 Kindergärtnerinnen und -helferinnen arbeiten, behandelte die heutigen Probleme der evangelischen Kindergärtenarbeit. Ministerialrat Eberhard vom Innenministerium, der Vorsitzende des Württ. Landjugendamts, sprach ein herz- liches Begrüßungswort. Als Vorsitzender des Reichsver- bands nahm Pfarrer von Wicht-Berlin Stellung zu den aufgeworfenen Fragen. Der Nachmittagsvortrag von Frau Oberin Zeller-Karlsruhe über „Schulung und Weiterbil- dung der Kindergärtnerinnen und -helferinnen im Dritten Reich“ zeigte, in welcher positiver Weise die evang. Kinder- gärtenarbeit verankert ist im Willen des nationalsozialisti- schen Staates.

Kaunzau, W. Göttingen, 14. April. (Kraftwa- gen überfährt.) Ein mit vier Personen besetzter Personenkraftwagen eines Autobesizers aus Wangen kam innerhalb des Ortes beim Ausweichen einem Randstein zu nahe. Dabei überfuhr sich das Fahrzeug. Von den Insas- sen wurde einer schwer verletzt.

Feuerbach, 13. April. (Anerkennung.) Der Ober- bürgermeister der Stadt Stuttgart hat dem Volksdichter Karl Weiland anlässlich der Ueberwindung seines Gedicht- bandes „Herbstgold“ eine Ehrengabe überreichen lassen und dabei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es dem Dichter auch weiterhin vergönnt sein möge, sein Bekenntnis zu Volkstum und Heimat in dichterischer Form zu gestalten.

Ludwigsburg, 13. April. (Schloßkonzerte.) Die un- ter der künstlerischen Leitung von Wilhelm Krämer ste- henden Ludwigsburger Schloßkonzerte finden in diesem Jahre am 19. Mai, 16. Juni, 7. Juli und 15. September im Ordenssaal des Schlosses statt. Den Abschluß bildet wie im letzten Jahr ein historisches Konzert in der Barock- Schloßkirche am 6. Oktober.

Ebersbach a. F., 13. April. (Grecher Einbruch.) Diebstahl. Nachts wurde in einem größeren Fabrikbe- trieb in Ebersbach ein Einbruch verübt. Dort hatte die Be- legkassette für einen Arbeitskameraden zu dessen Jubiläum eine Geldsammlung veranstaltet und eine hübsche Summe zusammenbekommen, mit welcher der Jubilar erfreut wer- den sollte. Als der Vertrauensmann nach der in seinem Tisch aufbewahrten Kassetten sah, war diese samt dem Geld verschwunden. Dem Ebersbacher Landjäger gelang es, den Täter ausfindig zu machen. Es handelt sich um einen im Betrieb tätig gewesen jungen Mann, der einem Fassaden- flekterer gleich an der Außenwand der Fabrik und durch Einschlagen einer Fensterscheibe ins Innere eindrang.

Enzlinsterle, W. Neuenbürg, 13. April. (Ein frem- der Toter.) Der Förster von Gompelschauer fand die Leiche eines Mannes, der sich an einem Baum erhängt hatte. Den Tod muß der Mann vor einigen Tagen ge- litten haben. Es handelt sich um einen völlig fremden Mann in den 40er Jahren.

Mittelbiberach-Oberdorf, W. Biberach, 13. April. (Sturm- schaden.) Am Freitag nachmittag ging über die Markung ein heftiger Sturm, durch den zwei neuer- stellte Schuppen bei der Ziegelhütte eingerissen wurden. Der Materialschaden ist groß.

Ravensburg, 13. April. (Todesfall.) In Ravens- burg verstarb Obermedizinalrat Dr. Krimmel, der viele Jahre der Heilanstalt in Zwiefalten und der Heilanstalt in Weissenau vorgestanden war. Vor zwei Jahren ist er in den Ruhestand getreten.

Hall, 14. April. (Neuer Dekan.) Landesbischof D. Wurm hat die Dekanats- und 1. Stadtpfarrstelle in Hall

dem Stadtpfarrer Koller in Ehlingen übertragen. Der neue Dekan ist 1889 geboren. Er war im Feld als Leutnant. Seit 1925 war er Stadtpfarrer an der Stadtkirche in Eh- lingen.

Pforzheim, 14. April. (Den Verletzungen erle- gen.) Der 23 Jahre alte Kraftfahrer Wilhelm Blum aus Gaggenau, der am 10. April in Elmendingen mit dem Kraftrad stürzte und sich einen schweren Schädelbruch zu- zog, ist im hiesigen Krankenhaus gestorben.

Bruchsal, 14. April. (Schlägerei.) In der Reugasse kam es am Freitag zwischen Nachbarn zu einer Schlägerei. Ein Tagelöhner und dessen beide Söhne versetzten einem Manne Messerstiche und einen Beilhieb auf den Kopf, was schwere Verletzungen zur Folge hatte. Die Täter sitzen hin- ter Schloß und Riegel.

Kappelrodek, A. Bühl, 14. April. (Tödtlich verun- glückt.) Freitag nachmittag ereignete sich im Steinbruch von Wilhelm Plent im Buchwald der Gemeinde Zuzen- bach ein schwerer Unfall. Der 27jährige Sohn des Unter- nehmers Plent, stürzte von dem hohen Steinbruch ab und erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod alsbald eintrat.

Vörsach, 14. April. (Hochwasser hält an.) Die neu- erlichen Regenfälle verbunden mit Temperaturrückgang ha- ben dazu geführt, daß die Wiese weiter Hochwasser führt. Einen grandiosen Anblick bietet zur Zeit das Lünzinger Wehr, wo sich die schmutzig-gelben Wassermassen schäumend und brausend in mehreren Treppen hinunterwälzen. Teil- weise sind die Niederriederungen überschwemmt.

Weil a. Rh., 14. April. (Eröffnung des Rhein- haufens.) Am Mittwoch wird in Anwesenheit des Reichs- statthalters Robert Wagner die Eröffnung des Rheinhaufens Weil am Rhein stattfinden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Nach Sizilien verbannt. Dem zu zwei Jahren Verban- nung verurteilten ehemaligen Südtiroler Abgeordneten Freiherrn von Sternbach, der nach Trient abtransportiert worden ist, ist als zuständiger Aufenthaltsort das Dorf Petralia Soprana in der Provinz Palermo auf Sizilien angewiesen worden.

Familientragödie in einem schlesischen Dorf. In Thomas- walden bei Bunzlau wurden in der Besichtigung des Land- wirts Hermann Hoffmann, dessen Ehefrau und der Sohn erschlagen aufgefunden. Den Ehemann Hoffmann fand man erhängt in der Scheune seiner Besichtigung auf. Wie man ver- mutet, hat der Ehemann seine Frau und seinen Sohn in geistiger Amnachtung erschlagen und dann Selbstmord ver- übt.

„Lettitia“ wieder flott. Der am Donnerstag im Golf von Patras auf Grund geratene britische Bergungs- und Dampf- schiff „Lettitia“ (13 000 Tonnen) konnte wieder flottgemacht wer- den. Allem Anschein nach ist das Schiff unbeschädigt.

Rumänisches Städtchen in Flammen. Das rumänische Städtchen Bascalin ist abgebrannt. Die vorhandenen Rück- mittel genügen nicht, um das Feuer einzudämmen. Der Brand breitete sich im Laufe der Nacht über ganze Stra- ßenteile aus. Bis zum Morgengrauen waren über 20 Häuser zu Asche geworden.

Der Reichsluftschutzbund, der demnächst zwei Jahre be- steht, hat jetzt 5,9 Millionen Mitglieder. 1,1 Millionen Luftschutzwarte und 2,2 Millionen Selbstschutzkräfte wur- den ausgebildet. 60 Prozent aller Dachböden im Reichs- durchschnitt sind bereits entripelt.

Am 20. April, dem Geburtstag des Führers, wird die Gattin des Ministerpräsidenten General Göring von der

Bühne Abschied nehmen und zum letzten Male in der Rolle der Minna von Barnhelm im Staatlichen Schauspielhaus in P. in auftreten.

Japanischer Dampfer gesunken. In der Nähe von Chi- rato ist aus bisher unbekannter Ursache der japanische Dam- pfer „Kaiju Maru“ gesunken. Von den 50 Mann der Besatzung gelang es nur zwei Matrosen sich zu retten.

Verbot von Autorennen auf offener Straße in Frank- reich. Angesichts des schweren Autounfalls, das sich am vorletzten Sonntag während eines Autorennens in Chateau Thierry ereignete, bei dem acht Personen den Tod fanden, beabsichtigt der französische Innenminister die Satzungen für Autorennen auf offenen Straßen zu verbieten.

Vorrundenspiele zur deutschen Fußballmeisterschaft

Gaugruppe 3:
In Ulm: VfB. Stuttgart — 1. SV. Jena 1:2 (1:1)
In Würzburg: SpVgg. Fürth — 1. FC. Hanau 9:0 (0:0)

Gaugruppe 4:
In Düsseldorf: VfR. Venrath — VfR. Köln 5:0 (2:0).

Gaugruppe 1:
In Berlin: Hertha-BSC. — York Insterburg 7:3 (2:2)
In Leipzig: VfB. Chemnitz — Rasensport Gleiwitz 2:1.

Gaugruppe 2:
In Dortmund: Schalke 04 — Hannover 96 3:2 (1:1)
In Hamburg: Eintracht L. — Stettiner SC. 3:1.

Auftiegsispiele zur Gauliga

Gau Württemberg: FC. Tullingen — SpVgg. Bad Cann- statt 4:0, VfB. Friedrichshafen — VfR. Schweningen 0:0, FV. Jussenhausen — VfR. Heidenheim 4:1.

Ämtliche Dienstaufsichten

Öffentlich belobt: Der Maler und Radierer Wilhelm Röllle in Ravensburg für die am 16. September 1934 unter eigener Lebensgefahr ausgeführte mutige und opferwillige Rettung eines Menschen vom Tode des Ertrinkens, die Schüler der Volksschule Comburg in Hall Otto Bontsch und Anton Oswald aus Siebenbürgen für die am 20. Januar 1935 ausgeführte mutige und opferwillige Errettung eines Knaben vom Tode des Ertrinkens.

In den Ruhestand: „Kriminaloberkommissar“ Herrmann beim Polizeipräsidium Stuttgart kraft Gesetzes, den Justiz- assistenten Möser bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart und Ge- fängnisverwalter Schmidt in Ludwigsburg.

Erledigt: Eine Kriminalkommissariatsstelle bei der Polizeidirektion Heilbronn.

Ernannt: Den Oberregierungsrat Bälz zum Ministerialrat im Reichsjustizministerium.

Im Bereich des Landesfinanzamts Stuttgart wurden ver- setzt: Oberregierungsrat Teicher in Würzburg an das Landes- finanzamt Stuttgart, Bezirksvollkommissar Welsch an Wangen als Oberzollinspektor nach Friedrichshafen, Steuerinspektor Bauer bei dem Landesfinanzamt nach Bietigheim, Stz. Cen- trep bei dem F.A. Stuttgart-Amt nach Tullingen, Stz. Haupt bei dem F.A. Bietigheim nach Stuttgart-Amt, Stz. Hennig bei dem F.A. Stuttgart-Ost nach Ulm, Stz. Mäkl-Attensteig nach Reutlingen, Zollinspektor Hammer-Ravens- burg als Vorsteher an das Zollamt Biberach, Stz. Barth- Walbsingen an das Hauptzollamt Stuttgart, Stz. Stauba- che-Stuttgart nach Walbsingen, Steuerassistent Lande- Neuffen an das F.A. Sulzbach (Saar), Stz. Krieger-Glan- gau an das F.A. Neuenbürg; Steuerinspektor Warnke bei dem F.A. Hirsau in den Ruhestand.

Im Bereich der Reichsbahndirektion Stuttgart sind der Reichs- bahndirektor Genzler in Mühlacker nach Ravensburg als Vorsteher des Bahnhofs und der Reichsbahndirektor Freimüller in Heilbronn nach Stuttgart (Gepäckabfertigung) versetzt worden.

Verleger und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Tagblatt, Wildbad, L. Schwarzmaier (Inb. Ed. Buch) Nr. 3, 35 750

Wir empfehlen:

Roselmast	Liter 28 ¢
Rotwein	Liter 50 ¢
Limb. Stangenkäse	Pfd. 48 ¢
Kolossfett	Tafel 65 ¢
Sauertraut	Pfd. 12 ¢
Weizenmehl	Pfd. 20 ¢
Weizenmehl 00	23 ¢
Zwiebels	Pfd. 15 ¢
Bohnenwachs 1 Pfd.	D. 40 ¢
Bodenbeize 1 Pfd.	D. 45 ¢

Otto Voß Niederlage von
Thams & Garfs
Hamburger Kaffee-Lager
Wildbad

Oster-Hasen
Oster-Eier in Milch- und Schmelzschokolade
Krokant-, Staniol- und Nougat-Eier
Alles nur Eigenfabrikate, keine Fabriksachen
empfiehlt
Konditorei Bechtle
Besichtigen Sie meine Ausstellung!

Habe mich als
prakt. Arzt und Geburtshelfer
niedergelassen
Zu sämtlichen Krankenkassen zugelassen
Dr. med. Albert Wolf
Wildbad, 10. April 1935
Haus de Ponte, Tel. 474
Sprechst.:
10-12, 3-5 Uhr
(nicht 8-10 Uhr)

Eine dreiteilige, noch gut erhaltene
Matratze
zu kaufen gesucht.
Zu erst. in der Tagblattgech.

Lumpen, Altpapier und Alteisen
werden am Dienstag und Mittwoch gegen
Geschirr und Osterhasen
eingetauscht oder die höchsten Tagespreise bezahlt.
Neben dem Feuerwehrmagazin.
VOGT.

KAUFHAUS SCHOCKEN
PFORZHEIM

Kinderschuhe für Ostern

 Ruth braun Boxkalf, mit Verzierungen Größe 20-22 1.95	 Heinz schwarz oder braun Roh- chevro Größe 20-22 2.25	 Inga schwarz Lack oder braun Boxkalf, mit Verzierung Größe 23-26 3.10
 Siegfried schwarz Rindbox Größe 23-26 2.85	 Erika braun Rindbox mit Zier- stepperei und Reptil-imitation Größe 27-30 4.50	 Anni braun Rindbox mit Presh- falten Größe 27-30 4.85

Wildbad, 15. April 1935.
Todes- Anzeige.
Unsere liebe, sorgenvolle, herzengute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Schwester
Theresia Mehr
ist in eine bessere Heimat abgerufen worden.
In tiefem Leid:
Die trauernden Kinder mit Angehörigen.
Beerdigung Dienstag mittag 2 Uhr auf dem Waldfriedhof vom „Palmengarten“ aus.

NS.-Kriegsopfer- versorgung Ortsgruppe Wildbad
Die Mitglieder werden vom Ableben unserer Kameradenfrau
Theresia Mehr
in Kenntnis gesetzt.
Beerdigung: Dienstag 2 Uhr. Antreten der Kameraden bei der Polizei- wache: 1/2 Uhr.

Auf Ostern
Bestellungen
für gefärbte Eier
nimmt entgegen
bei billiger Berechnung
Pauline Broß Wwe.
Rathausgasse 10.
Familien- drucksachen
Wildbader Tagblatt.

die Probe aufs Exempel
Bohnen Sie doch mal mit
Loba-Wachs mit dem Raben.
Das glänzt ganz prima, ist außer- ordentlich haltbar, und der feine Geruch!
Sie erhalten auch Loba-Qualität in der Dose mit dem Zepplin darauf.
Das ist das
Zepplin-Loba zu 75 Pfg. die Pfunddose.
L. Kappelmann, Kolonialwaren; **K. Piappert**, Eberhard-Drogerie; **Robert Treiber**, Kolonialwaren.